

# LUDWIGSBURGER KREISZEITUNG

FINANZEN

Kornwestheim | 28. November 2014

## EnBW-Steuersparmodell gekippt

**Folge für die Stadt Kornwestheim sind Millionen-Rückzahlungen an Gewerbesteuer – Umlagen sind endgültig weg**



Dunkle Wolken überm Kornwestheimer Rathausurm. Archivfoto: Alfred Drossel

„Stadt Kornwestheim und EnBW ziehen an einem Strang“, sagte gestern ein Sprecher des Energiekonzerns zur Entscheidung des Fiskus gegen das Steuersparmodell des Unternehmens aus dem Jahr 2007. Denn es geht um Millionen. Um viele Millionen Euro. Betroffen sind EnBW und Kommune gleichermaßen. Der eine müsste Steuern nach-, der andere zurückzahlen.

Bei der EnBW waren dieses Jahr monatelang die Betriebsprüfer des Finanzamtes im Haus. Bei der Abschlussbesprechung zündeten die Beamten die Bombe: Die 2007 erfolgte Übertragung von Vermögenswerten vom Mutterkonzern in Karlsruhe auf die EnBW-Tochter Immobilien-Beteiligungsgesellschaft in Kornwestheim sei rechtswidrig. Das Nein zu diesem Steuersparmodell steht auch im Abschlussbericht der Prüfer, der seit kurzem vorliegt. Mit den förmlichen Bescheiden rechnet der EnBW-Sprecher für die allernächste Zeit.

2007 ein Allzeit-Hoch

Das hat, wie gestern berichtet, Konsequenzen für EnBW und Stadt Kornwestheim gleichermaßen. Denn durch die Vermögensverlagerung wuchsen seinerzeit die Erträge der Beteiligungsgesellschaft. Der Nutznießer: die Stadt Kornwestheim in Form zusätzlicher Gewerbesteuer. Allein 2007 bezahlte die EnBW-Tochter auf einen Schlag 16 Millionen Euro, im Jahr darauf nochmals eine Million. Der Millionen-Segen brachte der Kommune 2007 ein Allzeit-Hoch bei der Gewerbesteuer von 31,2 Millionen Euro. Spekulierte wurde damals, Ursache seien gewaltige Ertragssteigerungen bei der Sata Farbspritztechnik GmbH (siehe Bericht unten). Wer nicht Insider war, kam nie auf die Idee, dass es sich um die EnBW-Tochter handelt, der damals der Schuhhersteller Salamander gehörte.

Wie gewonnen, so zerronnen. Für die Stadt Kornwestheim hat das Nein der Betriebsprüfer die Folge, dass sie diese 17 Millionen Euro an die EnBW-Beteiligungsgesellschaft zurückerstatten muss, sobald die Bescheide vorliegen.

Nicht nur das: Sie muss der EnBW ein halbes Prozent Zinsen je angefangenem Monat bezahlen, somit sechs Prozent Zinsen aufs Jahr, beginnend mit dem 1. April 2009. Und zwar bis zum Tag der Rückzahlung. Das macht insgesamt 21 Millionen Euro aus.

Eigentlich könnte sich der Energiekonzern darüber freuen. Tut er aber nicht. Denn durch dieses neue steuerliche

Gefüge, wie es der EnBW-Sprecher formuliert, ohne Details zu nennen, muss das Unternehmen Steuern nachbezahlen. Und zwar „deutlich mehr, als wir zurückerhalten“.

EnBW will klagen

Deshalb und nicht aus Liebe zur Stadt Kornwestheim wird der Konzern vors Finanzgericht marschieren. „EnBW ist gleich auf uns zugekommen und hat uns informiert, von der Finanzverwaltung haben wir nichts erfahren“, sagte gestern Kornwestheims Finanzbürgermeister Dietmar Allgaier, der die offene Art des Konzerns lobte. An der nichtöffentlichen Sondersitzung des Gemeinderats gestern Abend nahm auch ein Vertreter der EnBW teil.

Die Entscheidung des Fiskus ist für die Kommune doppelt bitter. Sie kassierte zwar 2007/08 die 17 Millionen Euro, doch sie musste davon 3,1 Millionen Euro Gewerbesteuerumlage ans Land abführen. Aus den EnBW-Millionen errechnete sich auch die Höhe der anderen Umlagen, die die Stadt an Kreis, Region und Land bezahlen musste. Vor allem gingen ihr fünf Millionen Euro Schlüsselzuweisungen vom Land flöten, die sie nun nicht mehr erhielt, weil sie als reich galt.

Kornwestheim muss zwar die 17 Millionen Euro plus Zinsen retour überweisen, doch die damals daraus gezahlten Umlagen erhält sie von Land, Region und Kreis nicht zurück. Für die Stadt ist brutto diesmal wirklich brutto. Einen gewissen Ausgleich für die Rückzahlung wird es 2017 geben, wenn die Einnahmen aus 2015 als Basis genommen werden für Umlagen. Da könnte die Kommune nach jetzigem Stand drei Millionen Euro bei der Kreisumlage einsparen.

Wie finanziert die Stadt nun die Rückzahlung? Das wird bei den laufenden Beratungen des Gemeinderats über den Etatentwurf 2015 geklärt, der ein Volumen von 80 Millionen Euro hat. In einem ersten Schritt sind die Ausgaben querbeet um zehn Prozent gekürzt worden, wodurch sich Einsparungen von 6,7 Millionen Euro ergeben. Einer weiteren Streichliste fielen Investitionen von 2,6 Millionen Euro zum Opfer – Tiefbauarbeiten, Fahrzeuge, Büromöbel, Medien für die weiterführenden Schulen. Offen ist, ob auch die erst kürzlich begonnenen Bauarbeiten an der Hanns-Reiber-Halle gleich wieder eingestellt werden, wovon die Stadtverwaltung warnt, weil Firmen Schadenersatz fordern könnten. Aufträge für zwei Millionen Euro sind schon vergeben.

Da die Rücklagen der Stadt weitgehend aufgebraucht sind, bleiben nur Kredite. Allgaier nennt eine Spanne für neue Schulden: „Zwischen zehn und 15 Millionen Euro können notwendig werden.“

Übrigens: Die Beteiligungsgesellschaft der EnBW hat schon 2010 ihren Sitz nach Stuttgart verlegt und das operative Geschäft eingestellt.

VON GÜNTER BÄCHLE

**URL: [http://www.lkz.de/lokales/stadt-kreis-ludwigsburg\\_artikel,-EnBW-Steuersparmodell-gekippt-\\_arid,258169.html](http://www.lkz.de/lokales/stadt-kreis-ludwigsburg_artikel,-EnBW-Steuersparmodell-gekippt-_arid,258169.html)**

© 2014 Ludwigsburger Kreiszeitung

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Ludwigsburger Kreiszeitung / Verlag Ungeheuer+Ulmer KG